

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Krenkel, Druck u. Verlag: Auer-Druck u. Verlagsanstalt m. b. H., Auer, Eisenhammerstraße 1, Telefon: 1111, 1112, 1113, 1114, 1115, 1116, 1117, 1118, 1119, 1120, 1121, 1122, 1123, 1124, 1125, 1126, 1127, 1128, 1129, 1130, 1131, 1132, 1133, 1134, 1135, 1136, 1137, 1138, 1139, 1140, 1141, 1142, 1143, 1144, 1145, 1146, 1147, 1148, 1149, 1150, 1151, 1152, 1153, 1154, 1155, 1156, 1157, 1158, 1159, 1160, 1161, 1162, 1163, 1164, 1165, 1166, 1167, 1168, 1169, 1170, 1171, 1172, 1173, 1174, 1175, 1176, 1177, 1178, 1179, 1180, 1181, 1182, 1183, 1184, 1185, 1186, 1187, 1188, 1189, 1190, 1191, 1192, 1193, 1194, 1195, 1196, 1197, 1198, 1199, 1200.

Verleger: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 4.50 M., bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 M., bei der Postbestellung und fern abgeholt vierteljährlich 13.50 M., monatlich 4.50 M., durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 M., monatlich 4.40 M., Erhältlich täglich in den Buchhandlungen mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen, unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenzeitschriften Beilage oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Restausgabezeit für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 100 Pfg., sonst 120 Pfg., bei größeren Abzügen entsprechender Rabatt, Anzeigenannahme bis spätestens 1/2 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann keine Haftung übernommen werden, wenn die Aufgabe der Anzeigen durch Fernschreiber erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 187

Sonabend, den 14. August 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Daily Express glaubt zu wissen, man habe im Ministerium des Innern Kenntnis von einer Konspiration gegen Lloyd George erhalten.

Ball Mail Gazette meldet, Lloyd George sehe sich genötigt, seine Reise nach der Schweiz mit Rücksicht auf die drohende Lage in der Industrie aufzugeben.

Der Seelernte-Kongress nahm eine Entscheidung an, wonach die Seelernte zur Verhinderung künftiger Kriege weder Truppen noch Munition besitzern werden. Der Beschluss soll bereits auf den russisch-polnischen Konflikt angewendet werden.

In einer Mitteilung der Vereinigten Staaten an Italien wird der russischen Sowjetregierung die Anerkennung verweigert, da es ihr an der Zustimmung eines beträchtlichen Teiles des Volkes fehle.

Russischer Einbruch in den polnischen Korridor.

Russen auf früher deutschem Gebiet.

Wie der Berliner Sozialanzeiger von der ostpreussischen Grenze meldet, haben die Russen die frühere deutsche Grenze überschritten und sind in den polnischen Korridor eingedrungen. Als erstes wurde der Ort des ehemaligen deutschen Gebietes besetzt. Nach der Weidenburger Zeitung sind die in Ilomo eingerückten Volkswesten 2000 Mann mit zwei Geschützen stark. Frühere deutsche Soldaten sind zu Genarmen bestellt und eine Einwohnerwehr ist gebildet worden. Gegen dreizehn Uhr morgens wurde das Feuer gegen Narz und Brodau eröffnet, das die Polen um 8 Uhr erwiderten. Diese verfügten hier über drei Batterien. Die polnische Regierung hat angekündigt, daß alle Pferde und alles Vieh aus dem Soldauer Kreis nach Westpreußen abgeliefert werden sollen, was große Erregung verursacht. Im Soldauer Kreis haben die Polen wieder angelegene Persönlichkeiten verhaftet und sämtliche Einwohner zu Schanzarbeiten herangezogen. Soldau ist nun von schwachen polnischen Truppen besetzt.

Wine dringende russische Anfragen an Deutschland. Auf einen Funkpruch des russischen Volkswestens für Auswärtiges Lichtkegel an die deutsche Regierung, in dem dringend um Antwort gebeten wird, ob die in dem Abstimmungsgebiet aufgetretenen polnischen Truppen entwaffnet und interniert sind, wird die Regierung auf demselben nicht-diplomatischen Wege erwidern, daß sie im Sinne ihrer strengen Neutralitätserklärung die polnischen Truppen, die auf deutsches Gebiet übergetreten sind, bereits interniert habe und daß sie dies auch in Zukunft tun werde.

Der drohende neue Weltkrieg durch Frankreich.

Die Sowjetregierung hat an die französischen Arbeiter anlässlich der Anerkennung der Regierung des Generals Wrangele durch die französische Regierung einen Appell gerichtet, in dem sie erklärt, daß durch die Anerkennung der tschechischen Republik durch Frankreich die Möglichkeit eines russisch-französischen Krieges gegeben wäre. In dem Augenblick nun, in dem man die Hoffnung hatte, daß durch einen direkten russisch-polnischen Frieden der Welt der Friede wiedergegeben würde, habe Frankreich durch seine Tat die Frucht der Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen gefährdet. Die Erklärung der französischen Regierung habe die Möglichkeit des Ausbruchs eines neuen Weltkrieges gegeben. Die französische Arbeiterklasse habe nunmehr das Schicksal der ganzen Welt in der Hand.

Eine Schwankung Englands?

Der Londoner Korrespondent des Petit Parisien will von autorisierter Seite erfahren haben, daß die englische Regierung, die vor zwei Tagen Polen den Rat gegeben habe die Waffenstillstandsbedingungen Sowjetrußlands in ihrer Gesamtheit anzunehmen, sich nunmehr nach Anhören von Sachverständigen dahin entschieden habe, zu erklären, daß die Bedingung der Volkswesten, freie Verfügung über die Eisenbahn von Krasnojarsk-Kraszewo zu erhalten, die einen Teil der Linie von Moskau nach Königsberg bilde, unannehmbar sei. Wenn diese Linie unter bolschewistische Kontrolle gestellt würde, dann würde ein Uebereinkommen zwischen Moskau und Berlin in eine russisch-deutsche strategische Linie umwandeln können, die jede Verbindung zwischen den Polen und Alliierten verhindert.

Ein Rechtfertigungsversuch des Generals Lüttwitz.

General v. Lüttwitz hat der Kreuztg. ein längeres Schreiben zugesandt in dem er nochmals seine Haltung vor und nach den Kapptagen zu rechtfertigen versucht, indem er sagt, Kapp, er und ihre Freunde seien im März zur Tat geschritten, weil die Reichstagswahl verfassungswidrig hinausgeschoben worden

und die Regierung im Begriff gewesen sei, die ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel abzuschwächen. Lüttwitz fährt dann fort: Sicher ist, daß infolge der Tat am 18. März die Wahl ein halbes, vielleicht dreiviertel bis ein Jahr früher stattgefunden hat, als Regierung und Nationalversammlung es beabsichtigten. Sie hatten einen nicht unwesentlich anders zusammengesetzten Reichstag und den Sturz der Regierung zur Folge gehabt. Daß daraus nicht noch weitere Vorteile gezogen wurden, ist nicht unsere Schuld. Wahrscheinlich, ja wohl ebenfalls sicher ist ferner, daß das Kappunternehmen die radikalsten Elemente früher zum Loslösen gebracht hat, als sie eigentlich wollten. Das Geschick wurde aufgestochen, bevor es reif war, zu einer Rettung, wo die Radikalen noch nicht fertig waren, die Truppen aber noch auf ihrer Höhe standen. Die Armee hätte bis zum 10. April auf 200 000, bis 10. Juli auf 100 000 Mann herabgesetzt werden müssen. Die Befehle dazu waren gegeben. Alle Einwendungen dagegen unter Hinweis auf die Gefahr des Bolschewismus von außen und von innen wurden schroff zurückgewiesen. Durch unsere Handlungen wurde die Verminderung der Armee verzögert. Noch heute stehen 200 000 Mann unter den Waffen. Welch einen Segen das angeht die bolschewistischen Erfolge gegen die Randstaaten bedenklich, wird wohl jedermann einsehen. Ob die 200 000 Mann als Kern gegen einen schweren bolschewistischen Ansturm ausreichend sind, ist freilich eine andere Frage. — Zum Schluß schreibt Lüttwitz, daß er nach dem 17. März noch etwa acht Tage in und um Berlin sich aufgehalten hat, und daß an maßgebender Stelle sein Aufenthaltort bekannt gewesen sei. Er habe sich der langen Untersuchungsbearbeitung nur mit Rücksicht auf seinen körperlichen und seelischen Zustand nicht ausweichen wollen, habe aber dem Reichsgericht mitteilen lassen, daß er bereit sei, zur Untersuchung zu erscheinen, wenn Gewähr gegeben werde, daß eine Gerichtsverhandlung bald im Anschluß daran stattfinden.

Lüttwitz scheint den Augenblick, wo die russischen Armeen siegreich an der ostpreussischen Grenze stehen, für günstig zu halten, um unter Hinweis auf die drohende Bolschewistengefahr sich und seine Freunde als Retter des Vaterlandes hinzustellen. Die Verdienste, die er seinem Unternehmen zuschreibt, sind nicht seine Verdienste, denn sie wurden erst geboren aus dem Zusammenbruch des ganzen Butches. Sie sind vielmehr die Folge des Zusammenschlusses des deutschen Volkes in der Abwehr des hochverräterischen Anschlages auf die Reichsregierung und die Reichsverfassung. Im übrigen sind keine Entschuldigungsargumente längst bekannt. Es sind Sophistereien, wenn man nicht von vollkommen politischer Verständnislosigkeit sprechen soll.

Nach Jagow stellt sich.

Außer General v. Lüttwitz hat sich auch v. Jagow dem Untersuchungsrichter zur Verfügung gestellt gegen Zustimmung der Besetzung von der Untersuchungsbehörde. Nach den Poststempeln der abgegebenen Briefe und aus anderen Gründen ist anzunehmen, daß Lüttwitz und Jagow in der Umgebung Berlins sich aufhalten.

Weitere Enthüllungen über die Spitzelzentrale in Magdeburg.

Wichtigste zum Regierungssturz der Orgesch.

Die Magdeburger Volksweste setzt ihre Enthüllungen über die Magdeburger Spitzelzentrale fort und stellt fest, daß die Nachrichten über die Notizen von der Zentrale in Berlin bestellt wurden. Wie Utmann als Oberhaupt seine Spärhunde hegte, so schreibt das Blatt, geht aus deren Erzählungen hervor. So sagte z. B. Robert Meyer aus, daß er auf Veranlassung des Utmann in die kommunistische Partei eingetreten sei. Solange er aber in dieser Partei verblieben habe, habe er nicht festgestellt können, daß eine rote Armee aufgestellt werde. Freilich war auf Veranlassung Utmanns Mitglied der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands und der Syndikalistin. Ueber diese lieferte er bis zu vier Berichten täglich. Einen großen Teil hat er frei erfunden, weil er nicht wußte, wo er den Stoff hernehmen sollte und Utmann ihn fortgesetzt drängte. Ueber die Rote Armee habe er nicht berichtet, daß sie lediglich Aufgabe der Reichswehrhandschaffer Friedrich und Mertens gewesen. Im übrigen ist er der Meinung, daß diese, wie auch die anderen Spitzel, ihre Nachrichten zum großen Teil erfunden haben. Einige andere Agenten geben ebenfalls zu, daß sie gelegentlich Nachrichten über die Rote Armee erfunden haben.

Aus Papieren, die im Akt der Magdeburger Spitzelzentrale vorgefunden wurden, geht hervor, daß die Orgesch in Verbindung mit der Magdeburger Spitzelzentrale steht. Allem Anschein nach, so schreibt das Blatt weiter, arbeitet die Orgesch fleißig an ihrem Ausbau in Norddeutschland. Vollkommen hat sie sich den Spitzelapparat gesichert, der, wie die Nachrichtenweise im Kriege, die eigenen Vorbereitungen verschleierte und die Gegner irreführen soll. Nach dem Wustler des bayrischen Kapp-Butches, der zu vollem Erfolge geführt hat, soll nun auch die Reichsregierung ge-

stärkt werden. Nach Mitteilungen der Orgesch soll die Zeit für die Aktion nicht mehr fern sein. Die Orgesch, Leitung hofft, daß dies ohne Blutvergießen abgehen werde; Unruhe und Widerstand werde nur im Ruhrgebiet und Mitteldeutschland erwartet, wo der Ausbau infolge des Widerstandes, besonders des Oberpräsidiums der Provinz Sachsen, noch sehr wenig entwickelt ist. Es hat den Anschein, als ob tatsächlich die Verbindung zwischen Magdeburg und der Orgesch erst seit etwa 14 Tagen besteht. — Es besteht auch eine Verbindung der Reichswehr mit der Utmann-Standarte. Utmann besitzt amtliche Ausweise der Reichswehr zum Betreten der Kasernen und aller militärischen Gebäude. Er hat Blankausweise zum Erlangen von Militärfahrkarten mit dem Dienststempel des Infanterieregiments Nr. 26 und des Magdeburger Reichswehrgeschwaders. Utmann und Bienenig haben zugegeben, daß sie u. a. mit dem Syndikus des Krupp-Grusonwerkes Dr. Loh, in Verbindung standen und ihm Berichte geliefert haben, die dieser weiterverbreitete. Schließlich sei noch bemerkt, daß beim Oberpräsidium in Magdeburg die folgende Postkarte eingetroffen ist:

Salute! Ich komme nächste Zeit nach dorten. Nimm Du Kuckuck Dich in Acht, daß Dir nicht mit dem Säbel die Kohlrabe runterfliegt. Vieles, ein Soldat.

Es wird vermutet, daß diese Drohung aus militärischen Kreisen stammt. Gegen die Entlarbung der Spitzelzentrale recht unangenehm ist.

Ohne Note Schwenk-Medung aus Bayern.

Nach einer Karte an die Meldungen der Magdeburger Volksmeldezentrale erinnernden Meldung des Bayerischen Kuriers sollen in München die U. S. B. und die R. P. E. zurzeit in der Bildung eines Gewerkschaftsrings begriffen sein. Die Führerkolle spielte dabei der kommunistische Landtagsabgeordnete Eisenberger. Die Hauptaufgabe der neuen Organisation sei die Einteilung der organisierten Arbeiterschaft nach Waffengattungen. Sie bildet den Grundstock einer Arbeiterarmee, die für Mitte August bereitgestellt werden soll, um der aus Rußland erwarteten Armee ehemaliger Kriegsgefangener in Stärke von 20 000 Mann in Deutschland den Weg zu bereiten.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge.

Erregte Sympathie im Reichswirtschaftsrat.

Die vereinigten Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates für Wirtschafts- und Sozialpolitik befrachten in zweiter Lesung die Vorschläge des Unterausschusses über die Durchführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge auf Grund des Antrages Wiffell. Vor Eintritt in die Tagesordnung fand ein dringlicher Antrag des Abg. Stadtrats H. M. M. München, sofort Rechtsmittel für den gemeinsamen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, einstimmige Annahme. Abg. Hecht-Berlin (Landesvertreter) bestritt die in der vorigen Sitzung ausgesprochene Ansicht, daß der Arbeitslohn nur mit einem Behnzel, die Rohmaterialien mit neun Behnzel im Warenpreis zum Ausdruck kämen. Auch in den Rohmaterialien fiedten Arbeitslöhne, und auch der Lohn des Unternehmers müsse angerechnet werden. Hauptsache sei die Steigerung der Arbeitsleistung.

Nach längerer Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Reith und Wiffell über den Einfluß des Metallarbeiterstreiks in Berlin nahm der Ausschuss den Text des Berichtes des Unterausschusses zur Kenntnis. Abg. Dr. B. B. (Landwirtschaft) beantragte darauf, auch die abschließenden Anträge des Unterausschusses, welche die Richtlinien für die produktive Erwerbslosenfürsorge und die Verflügung der Betriebsfliegungen feststellen, zur Kenntnis zu nehmen und dem Plenum zur weiteren Veranlassung zu überweisen. Der Antrag rief eine lebhaftere längere Debatte hervor, in deren Verlauf dem Abg. Köstke der Versuch einer Verschlebung zum Vorwurf gemacht wurde, gegen welchen er sich energisch verteidigte und wobei er vor jeder Ueberzeugung warnte. Abg. Wiffell bemerkte, daß auf jeden Fall die Beschlußfassung auf ehrlicher Ueberzeugung beruhe. Wer prinzipiell gegen die Vorschläge des Unterausschusses sei, sollte den Mut der eigenen Ueberzeugung haben. Die Arbeitgebervertreter schienen Angst vor der eigenen Courage zu haben. Der Ausschuss müsse einen Druck auf die Regierung ausüben, damit etwas geschehe. Das Reichsministerium scheine nichts tun zu wollen. Reichsfinanzminister Dr. Raumer erklärte, daß die Regierung sich officio alle diese Dinge bräuen werde, gleichviel, ob ein Entschluß der Regierung nicht unterstellen, daß sie nichts tun werde.

Nach weiterer Debatte zieht Abg. Köstke angesichts der Erregung, die sein Antrag bei den Arbeitnehmervertretern hervorgerufen habe, den Antrag zurück, wünscht aber, daß Zeit gegeben werde, um Änderungsanträge zu den Vorschlägen des Unterausschusses vorzubereiten. Der Ausschuss unterbricht deshalb seine Sitzung. Nach Abschluß der Sitzung wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Vorsitzende teilt mit, daß die Gruppe der Arbeitgeber eine Reihe von